

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

c/o Reiner Braun hr.braun@gmx.net Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.d



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

Ein Wort an die Studierenden

***zur bundesweiten Demonstration des Aktionsbündnisses gegen
Studiengebühren (ABS) am 26. Januar 2011 in Karlsruhe***

Heute geht ein Internationaler Appell an die Öffentlichkeit:

JA zur Friedensbindung der Universitäten – Nein zur Militärforschung. Es ist Zeit zum Handeln!

„Die Freiheit der Gedanken und der Ideen für eine friedliche, nachhaltige und gerechte Welt sind universelle Menschenrechte. Doch heute sind sie vielerorts bedroht, auch an Hochschulen in aller Welt.

Durch fortschreitende Militarisierung der wissenschaftlichen Forschung, nicht nur in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, sondern auch in den Geisteswissenschaften, werden diese Rechte ausgehöhlt.

Dieser Entwicklung muss unverzüglich entgegen gewirkt werden.

Wir, die unterzeichnenden Studierenden, Lehrenden, Beschäftigten und Absolventen von Hochschulen sind der Überzeugung, dass Hochschulen für Frieden und Völkerverständigung wirken müssen, indem sie jede Art von Forschung und Lehre für militärische Zwecke ablehnen.

Wir rufen dazu auf, keine Forschung und Lehre für militärische Zwecke durchzuführen. Wir fordern die Hochschulleitungen und die zuständigen akademischen Gremien auf, entsprechende bindende Verpflichtungen als Zivilklauseln in den Grundordnungen der Hochschulen zu verankern.“

Zu den 53 Erstunterzeichnern gehören 4 Nobelpreisträger (Paul Crutzen, Harry Kroto, Mairead Corrigan Maguire, Jack Steinberger), der Bürgermeister von Hiroshima Tadatoshi Akiba („mayors for peace“), der frühere Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie Hartmut Grassl und Daniel Ellsberg, U.S.A. (Pentagon-Papers).

Mehr www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml

Wir unterstützen die Forderungen der Demo und bitten die Studierenden, für die Friedensbindung ihrer Universität durch eine Zivilklausel initiativ zu werden.



Dazu kann auf eine Reihe von erfolgreichen Aktionen Bezug genommen werden:

- **In Urabstimmungen der Studierenden der Uni Karlsruhe im Januar 2009 und der Uni Köln im Dezember 2010 haben sich jeweils 2/3 der Abstimmenden für eine Zivilklausel ausgesprochen.**
- **Auf Initiative des Bildungstreiks an der Uni Tübingen hat der Senat im Dezember 2009 eine Zivilklausel als Ergänzung der Grundordnung beschlossen. Diese Forderung erheben Studierende und Beschäftigte im Umsetzung der Votums auch für KIT Karlsruhe (Zusammenschluss Uni KA und Forschungszentrum KA).**
- **Der U-ASTA der Uni Konstanz hat im April 2010 eine Friedensparty anlässlich der Entdeckung einer vom Großen Senat bereits 1991 beschlossenen Zivilklausel gefeiert.**
- **In mehreren weiteren Unis, darunter Stuttgart, Frankfurt a.M., München, Bremen, Braunschweig, Kassel, Gießen gibt es Arbeitskreise.**
- **Dazu gehören auch Initiativen, die Zivilklausel in Landeshochschulgesetzen zu verankern, z.B. in Baden-Württemberg (Beschluss Landes-Studierendenvertretung). Auf Initiative der Juso-Hochschulgruppen hat die SPD Baden-Württemberg diese Forderung in ihren Regierungsprogrammmentwurf zur Landtagswahl am 27. März aufgenommen. Die gleiche Forderung wird im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. erhoben.**
- **Ende 2010 wurde ein bundesweites Bündnis Zivilklausel gegründet. Nächstes Treffen 30. Januar 2011 bei ASTA der TU Braunschweig. Dort wird es am 27.-29. Mai auch eine Internationale Konferenz geben.**

Mehr Informationen in der Webdokumentation der Initiative

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.htm

und der Webseite der GEW Baden-Württemberg

www.gew-bw.de/Sonderseite_zu_KIT.html

Zur Abrundung sei auf einen beachtlichen Übersichtsartikel zur Zivilklausel-Bewegung in der FAZ vom 12. Januar 2011 verwiesen:

www.zivilklausel.uni-koeln.de/faz_wenn-sie-dir-morgen-befehlen.htm